

1. In aller Kürze.....1
 2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle.....4
 3. Aus den Fachbereichen..... „4
 4. Lesenswertes.....5
 5. Termine auf einen Blick.....6
 6. Impressum.....6

1. In aller Kürze

17. Februar 2005:

Mängel bei Philippsburg 2 festgestellt

Im Rahmen eines bundesaufsichtlichen Gesprächs hat das Bundesministerium für Umweltschutz erneut Mängel im Sicherheitsmanagement des AKW Philippsburg 2 festgestellt. Der Betrieb der Anlage wurde seit Juni 2004 unverändert fortgesetzt, obwohl seit diesem Zeitpunkt nicht mehr davon ausgegangen werden konnte, dass die Beherrschung eines Störfalls mit plötzlichem Kühlmittelverlust nachgewiesen war. Erst nachdem die Staatsanwaltschaft unter Fristsetzung mit einer Zeugenvernehmung gedroht hatte, traf Energie Baden-Württemberg (EnBW) als Betreiberin des AKW am 12. Januar 2005 erforderliche Maßnahmen und setzte die Aufsichtsbehörde davon in Kenntnis. Dadurch ist

zwar nunmehr sichergestellt, dass das Atomkraftwerk in einem Reparaturfall abgeschaltet wird und auch bei einem kurzfristigen Ausfall eines Kühlkreislaufs ausreichend Kühlmittel zur Verfügung steht. Trotz mehrfacher Aufforderung hat EnBW bis heute jedoch nicht nachvollziehbar dargelegt, warum die sicherheitstechnisch erforderliche Maßnahme erst nach mehr als sechs Monaten ergriffen wurde. Die EnBW hat die Vorwürfe des BMU mittlerweile als „völlig aus der Luft gegriffen zurückgewiesen“ Zu den Vorwürfen und der Reaktion von EnBW lesen Sie

Quelle:
<http://www.bmu.de/presse/maillinglist/pressemitteilungen.php?weiter=preview&http://presseportal.de/story.htx?firmaid=12866> sowie

16. Februar 2005:

Kommunaler Klimaschutz - ein enormes Potential

Bundesumweltminister Juergen Trittin sieht auf kommunaler Ebene enorme Chancen und Potentiale zur Minderung des CO2-Ausstoßes. "Konsequenter Klimaschutz auf kommunaler Ebene kann wesentliche Beiträge für weitergehende Klimaziele über die Kioto-Verpflichtungen hinaus leisten. Lokale Klimaschutzaktivitäten beleben zudem die örtliche Bauwirtschaft", sagte Trittin kürzlich in Berlin bei der Vorstellung einer Studie des Ökos-Instituts über kommunale Strategien zum

Klimaschutz. Darin werden die Sanierung der Altbausubstanz, Energieeinsparung im Bereich Handel, Dienstleistungen und Gewerbe, der Einsatz von Biomasse zur städtischen Energieversorgung sowie Energiesparen in städtischen Gebäuden als besonders wichtige Handlungsfelder untersucht. Als Untersuchungsgrundlage der vom Umweltministerium geförderten Studie dient bei der Studie die Stadt München. Zu den Ergebnissen der Studie lesen Sie bitte unter

Quelle: <http://www.innovations-report.de/html/berichte/studien/bericht-40127.html>

15. Februar 2005:

Neues Gentech-Gesetz droht zu kippen

Das von der Bundesregierung vor kurzem beschlossene Gentechnikgesetz droht schon wieder zu kippen. Die umstrittenen Regelungen, dass Bauern, die Genpflanzen aussäen auch für Schäden haften müssen, könnten gelockert werden. Grund: Um eine Blockade des neuen Gesetzes im Bundesrat zu umgehen, hatte Bundesagrarministerin Renate

Künast (Grüne) das ursprünglich als Ganzes geplante Gesetz in einen zustimmungspflichtigen und einen nicht-zustimmungspflichtigen Teil gesplittet, Der zweite Teil des Gesetzes regelt unter anderem, wie die Länder den Genanbau überwachen. Er ist wenig umstritten; der erste Teil, der Haftungsfragen klärt, umso mehr. Insbesondere die SPD-geführten Länder Rheinland-Pfalz und Meck-

lenburg-Vorpommern kritisieren diesen als zu gentechnikfeindlich.

Quelle:

http://www.taz.de/pt/2005/02/12/a0174.nf/t_ext

14. Februar 2005:

BBU und AKU Gronau verurteilen NRW-Energieministerium: Genehmigung zum Ausbau der Uranfabrik in Gronau

In schärfster Form verurteilen der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. und seine Mitgliedinitiative, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, das NRW-Energieministerium. Dieses hat am 14. Februar die heftig umstrittene Genehmigung zum Ausbau der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau erteilt. Gegen die Ausbaupläne wurden bis heute über 7000 Einsprüche erhoben und 2003 fand ein mehrtägiger Erörterungstermin statt, bei dem begründete Argumente gegen den UAA Ausbau vorgetragen wurden.

Der Vorstand des BBU wird in den nächsten Tagen mit dem Arbeitskreis Umwelt

(AKU) Gronau, sowie mit weiteren Initiativen und Verbänden, das weitere Vorgehen gegen den Betrieb und Ausbau der UAA überlegen. Nach Auffassung von Udo Buchholz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU, war das Genehmigungsverfahren zum Ausbau der UAA fehlerhaft. Der BBU weist darauf hin, dass auch in den Niederlanden im Herbst 2004 der Ausbau der niederländischen UAA wegen eines Formfehlers gerichtlich untersagt wurde. Buchholz: "Der Widerstand gegen die UAA Gronau geht auf jeden Fall weiter, die Firma Urenco und die mit ihr verbündete Landesregierung können sich nicht zurücklehnen."

Nähere Informationen unter www.aku-gronau.de oder telefonisch unter 02562-23125.

10. Februar 2005:

Konflikt um das Hochwasserschutzgesetz

Rheinland-Pfalz und Brandenburg legen Widerspruch gegen das bereits im Sommer 2004 beschlossene Hochwasserschutzgesetz ein. Dieses untersagt unter anderem die Bebauung in Überschwemmungs- und Abflussgebieten. Zu den Hintergründen lesen Sie unter

Quelle: http://www.taz.de/pt/2005/02/10.nf/ressort.q_TAZ_re.sw

08. Februar 2005:

Atomwirtschaft entdeckt den Klimaschutz

Die Wirtschaft hat den Klimaschutz entdeckt - und fordert deshalb längere Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke. Nur ein „breiter Energiemix unter Einschluss der Kernenergie“ könne gewährleisten, dass Deutschland seine klimapolitischen Verpflichtungen erfülle, sagt Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages. Laut dem Deutschen Atomforum, der große Lobby-Verband der Kern-Energetiker, wird durch die Nutzung der Atomkraft jedes Jahr soviel Koh-

lendioxid-Emissionen vermieden wie der gesamte Straßenverkehr ausstoße. Bei der Berliner Wintertagung des Atomforums erklärte dessen Präsident Walter Hohlefelder, dass die Atomkraft als CO-neutrale Technologie für den Klimaschutz un-umgänglich sei. Dabei ließ er die Kohlendioxid-Emissionen außer Acht, die beim Uranabbau, bei der Erzaufbereitung, der Anreicherung und bei der Sanierung der Abfallhalden ausgestoßen werden. Mehr dazu finden Sie unter

Quelle: <http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=67063&IDC=9>

03. Februar 2005:

Förderung für Russfilter kommt verspätet

Der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) begrüßt im Grundsatz die kürzlich bekannt gewordene Entscheidung der Bundesregierung für die steuerliche Förderung von Partikelfiltern für Diesel-Pkw. Er kritisiert hingegen die Verschiebung auf das Jahr 2006, da noch nicht geklärt sei, ob die Förderung rückwirkend für vorher angeschaffte Neuwagen gelte. Damit wären Fahrzeughalter für das Jahr 2005 im

Nachteile. Die Förderungssumme von 350 Euro für Diesel-Neufahrzeuge fällt zudem deutlich geringer aus als zunächst von der Regierung in Aussicht gestellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Kritikpunkten des VCD an der Entscheidung zur Russfilter-Förderung finden Sie im Pressearchiv des Verkehrsclub Deutschland unter der Internetadresse:

Quelle: www.vcd.org

02. Februar 2005:

BBU Chat: Der erste Versuch

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. veranstaltete am Dienstag dem 01. Februar 2005 von 16 Uhr bis 17 Uhr den ersten offiziellen BBU-Chat zum Thema „Die Ausstiegslüge – der drohende Ausbau der UAA Gronau“. Für die Beantwortung fachbezogener Fragen zur UAA und Urantransport war Udo Buchholz, Vorstandsmitglied des BBU, als Ansprechpartner anwesend sowie Saskia von der Burg von der Newsletterredaktion zur Beantwortung allgemeiner Fragen.

Der Chat, der als Serviceleistung für alle BBU-(Förder)Mitglieder und SpenderInnen ge-

dacht ist, brachte jedoch leider nicht den gewünschten Erfolg. Trotz Hinweis im Newsletter auf den Termin, Rundmails und versandter Pressemeldungen an ausgewählte Zeitungen kamen leider nur sehr wenige Interessierte.

Da in dem parallel zum letzten Newsletter versandten Fragebogen aber von den BBU-Mitgliedern generell ein Interesse an einem monatlich stattfindenden Chat abzulesen war, hoffen wir, dass sich beim nächsten Termin (s. „Hilfreiche Tipps“) mehr Interessierte am Chat beteiligen werden, um auf diese Weise einen engeren Kontakt zwischen dem BBU und seinen Mitgliedern zu ermöglichen.

31. Januar 2005:

Atomenergie bleibt todsicher

Anlässlich der am 01. Februar 2005 in Berlin beginnenden Wintertagung des Deutschen Atomforums hat ROBIN WOOD die Forderung nach einem sofortigen Atomausstieg bekräftigt. ROBIN WOOD kritisiert, dass die Energiekonzerne die Produktion von Atomstrom auf Kosten der Sicherheit noch weiter gesteigert haben.

Als wesentliches Argument für den Weiterbetrieb der AKW führen die Betreiberkonzerne an, dass 2004 die Produktion von Atomstrom aufgrund der hohen Nachfrage im Vergleich

zum Vorjahr noch hätte gesteigert werden können. ROBIN WOOD weist allerdings darauf hin, dass mit der höheren Produktion von Atomstrom keinesfalls von Seiten der Betreiber und der Überwachungsbehörden keinesfalls eine Verstärkung der Sicherheit einhergeht. Das Gegenteil ist der Fall: Immer wieder kommt es in den insgesamt 18 Atomkraftwerken immer wieder zu Störfällen, Personal wird abgebaut und Arbeitsschutzmaßnahmen werden missachtet.

Quelle: <http://www.umwelt.org/robin-wood/german/presse/neu/index.htm>

28. Januar 2005:

Alarmierende Ergebnisse

Die ersten Ergebnisse des weltweit größten Klimawandel-experiments sind besorgniserregend. Durch Treibhausgase könnten die Temperaturen bis Mitte des Jahrhunderts global um bis zu 11 Grad Celsius ansteigen. Ein solcher Temperaturanstieg entspricht mehr als dem Doppelten der bisher vom Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimafragen (Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)) angenommenen möglichen maximalen Erwärmung.

„Das unter dem Namen „climate prediction net“ bekannte Experiment zeigt, dass die Zunahme von Treibhausgasen viel stärkere Auswirkungen auf das Klima hat als bisher angenommen“, erklärte der leitende Wissenschaftler des Projekts David Stainforth von der Universität Oxford.

Quelle: www.dnr.de/infoservice

26. Januar 2005:

Vorsorge vor Industrieunfällen wird weiter verstärkt

Das Bundesministerium für Umweltschutz teilt mit, dass die Bundesregierung die Vorsorge vor Störfällen in der Industrie zukünftig verstärken will. Zudem sollen mögliche Auswirkungen von Industrieunfällen auf die Umwelt noch weiter begrenzt werden. Auf Vorschlag

von Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat das Bundeskabinett am 26.01.2005 die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Störfall-Verordnung beschlossen. Damit wird die europäische Seveso II-Änderungsrichtlinie umgesetzt. Bundestag und Bundesrat müssen den Änderungen noch zustimmen.

Quelle: <http://www.bmu.de/presse/maillinglist/prsesemiteilungen.php?weiter=preview&b>

Hinweis in eigener Sache: Mehr zu diesem Thema in der März-Ausgabe des BBU-Newsletters.

2. Aus dem Vorstand und Geschäftsstelle

Vor kurzem erreichte der BBU folgender Aufruf. Der BBU bittet seine Mitglieder, die unten vorgestellte Studie zu unterstützen.

Studie zur Quecksilberemission

Das Ingenieurbüro für Umweltschutztechnik Peter Gebhardt führt zur Zeit in Kooperation mit dem Umweltverband DAS BESSERE MÜLLKONZEPT Bundesverband Deutschland e.V. eine Untersuchung zu Quecksilberemissionen an Abfallverbrennungsanlagen in Deutschland durch. Ziel der Studie ist es, verschiedene Störfälle im Zusammenhang mit Quecksilberemissionen zu dokumentieren, um so die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger für die Problematik zu sensibilisieren. Die Beauftragung erfolgte durch verschiedene Bürgerinitiativen, die sich gegen

Abfallverbrennungsanlagen zur Wehr setzen. Anlass für die Untersuchung sind verschiedene Vorfälle aus den vergangenen Jahren, bei denen durch hohe Quecksilbereinträge Grenzwertüberschreitungen zum Teil über längere Zeiträume auftraten.

Für eine Teilnahme an dem Projekt werden weitere Bürgerinitiativen gesucht. Interessierte melden sich bitte unter den E-Mailadressen Gebhardt.p@t-online.de und muellkonzept-sh@t-online.de oder direkt beim Ingenieurbüro für Umweltschutztechnik Peter Gebhardt, Schulstraße 15, 35457 Salzböden, Tel.: 05406/909470 oder per Fax: 05406/909451.

3. Neues aus den Fachbereichen

Innenraumschadstoffe

Kindliche Tonerkurier – Recycling der unvernünftigen Art

Die US-Umweltbehörde stellte aufgrund von Studienergebnissen bereits 1995 fest, dass von der Qualität der Innenraumluft die größten Umweltrisiken für die Gesundheit der Bevölkerung ausgehen. Vor zwei Jahren hat der BBU e.V. die „AG Innenraumstoffe und Gesundheit“ ins Leben gerufen. Themenschwerpunkte sind Wohnraumgifte, Schadstoffe in Schulen, Schädigungen von Kindern und Gesundheitsschädigungen durch Toner (ITG). Die neue BBU-AG leistet engagierte Basisarbeit mit der Beratung von Betroffenen und aktive politische Überzeugungsarbeit. Der übergreifende Handlungsansatz hat sich als richtungweisend herausgestellt, wie das folgende Beispiel zeigt.

Im Frühjahr 2002 wurde die ITG von besorgten Eltern auf die Aktion „Sammeldrache“ hingewiesen. Die Fa. ISD Interseroh GmbH lässt in einer bundesweiten Aktion leere Tintenpatronen und Tonerkartuschen für Recyclingzwecke durch Kinder in „Grünen

Umwelt-boxen“ sammeln. Die Schulen bekommen dafür sog. „GUPs“ (Grüne Umweltpunkte), die sie gegen Hard- und Software, darunter auch Laserdrucker eintauschen können. Die Eltern befürchteten, dass die Kinder durch schadstoffbelastete Kartuschen gesundheitlich Schaden nehmen könnten. In der Tat zeigen Analysen, dass Toner mit Schwermetallen und VOC (flüchtige organische Verbindungen) belastet sind. Dieses sensibilisierende, Allergien auslösende, toxische und sogar Krebs erregende Potential kann bereits in kleinsten Mengen zu Entzündungen der Atemwege und der Haut führen. Gebrauchte Kartuschen sind häufig mit Toner verschmutzt. Ein sachgerechter Umgang kann von Kindern nicht erwartet werden. Die ITG sieht aufgrund ihrer Erfahrung mit der gesundheitsschädigenden Wirkung durch Tonerkartuschen erhebliche Risiken für Kinder. Von Seiten des Umweltbundesamtes und von Berufsgenossenschaften, die seit Jahren die Risiken durch Toner bestreiten, heißt es eindeutig: „Tonerkartuschen sollten für Kinder unzugänglich aufbewahrt werden.“ Die Sammelaktion steht

unter Schirmherrschaft von Bundesbildungsministerin Bulmahn und wird von der Stiftung Lesen gefördert. Die Ministerin reagierte leider nicht auf wiederholte Schreiben. Die ITG forderte die Fa. Interseroh auf, das Einsammeln von Tonerkartuschen durch Kinder einzustellen. Man versprach die Einführung von Plastikbeuteln und beauftragte Herrn Prof. Dr. Schiele, Direktor des Institutes für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universität Jena mit einer umweltmedizinischen Beurteilung. Der spricht zwar die Risiken an, meint aber, diese unter Beachtung gewisser Vorsichtsmaßnahmen weitgehend ausschließen zu können. Die Risiken selbst durch Einatmen von Toner beurteilt er als vergleichsweise gering, den pädagogischen Nutzen durch Erlernen eines verantwortungsbewussten Umgangs mit potenziellen Schadstoffen dagegen hoch. Am 15. Juni 2004 erhielt die Fa. ISD Interseroh GmbH den Umweltpreis des BDI in der Kategorie der „Kreislaufwirtschaft“, Recycling und Abfallmanagement. So breitete sich die Aktion Sammeldrache, die mittlerweile Nachahmer bei anderen Firmen gefunden hat,

an über 11.000 deutschen Schulen aus. Seit Januar 2005 sollen nun auch die Kleinsten an 39.000 deutschen Kindergärten mitmachen. Gerade wurden an den Schulen die Landessieger 2004 gekürt.

Nach unseren Recherchen gibt die tatsächliche Sammelpraxis größten Anlass zur Sorge. Lehrer und Schüler sind über die Risiken nicht

aufgeklärt, die Kartuschen werden zum Teil ungeschützt in den Schultaschen transportiert. Die Sammelboxen sind unverschlossen und mit Toner verunreinigt, der beim Einwerfen aufgewirbelt wird.

Wir meinen, dass Kinder durch Nahrung, Handstrahlung und Gifte in Schulgebäuden schon genug belastet sind. Deshalb haben wir

die Bundesminister Ulla Schmidt, Renate Künast und Jürgen Trittin, Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die GEW und den Bundeselternrat dringend um Unterstützung gebeten.

von Achim Stelling, BBU AG Innenraumschadstoffe und Gesundheit, Interessengemeinschaft Toner geschädigter, ITG

4. Lesenswertes

Hinweis in eigener Sache: Der BBU e.V. weist darauf hin, dass wir für die Inhalte der hier vorgestellten Informationsmaterialien anderer Organisationen, Behörden und Verbände nicht verantwortlich sind.

Ehlert, Stefan: „Wangari Maathai – Mutter der Bäume“

Dieses Buch ist mehr als die Biografie der ersten afrikanischen Friedensnobelpreisträgerin. Wangari Maathai gehört zu einer der wenigen afrikanischen Frauen, die es geschafft haben: In einer Gesellschaft, in der schulische Bildung vorwiegend den Jungen vorbehalten ist, wo Hunger und das Bestellen der Felder Vorrang vor schulischen Leistungen haben, in einem Land der Extreme, in dem die vorrangige Aufgabe der Frau darin besteht, das Überleben der Familie zu sichern - aus diesem Umfeld gelang Wangari Maathai 1960 der Ausbruch. Dank eines Stipendiums war es ihr möglich, in den USA und in Deutschland Naturwissenschaften zu studieren und zu promovieren. Einige Jahre später wurde sie eine der ersten Professorinnen in Ost- und Zentralafrika.

Der Autor Stefan Ehlert studierte Geschichte, So-

ziologie und Psychologie und lebt seit 2001 selbst in Nairobi. Er ist als freier Journalist für verschiedene Zeitungen und den ARD-Hörfunk tätig. Durch die geografische Nähe des Autors zu Kenia ist das von ihm verfasste Buch über die Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai daher weniger eine wissenschaftliche Abhandlung über die Biografie einer außergewöhnlichen Frau als vielmehr das lebendige Porträt eines ganzen Landes, seiner Bewohner und dessen Lebensart. Viele Interviews mit Freunden, Bekannten und Kollegen von Wangari Maathai zeichnen ein genaues Bild der Frau, die schon früh den Zusammenhang zwischen ökologischem Landbau und Frieden schaffenden Maßnahmen erkannte. Bis heute hat sie dreißig Millionen Bäume gepflanzt.

Der Baum, das ist das heilige Zeichen der Kikuyus, der ethnischen Volksgruppe, der Frau Maathai

angehört, als Symbol für den Frieden.



Heute gehören bereits 6000 Frauengruppen zum von Maathai 1977 gegründeten „Green Belt Movement“. Die aktive Umweltschützerin setzt sich in vielen Bereichen des modernen Lebens ein und kämpft für Umwelt-, Frauen- und gesellschaftliche Rechte. Wer sich für Kenia und dessen kulturellen Hintergrund interessiert, das Leben der Kikuyus und das traditionelle Frauenbild, der sollte „Wangari Maathai – Mutter der Bäume“ unbedingt lesen. Das Buch ist im Buchhandel unter der ISBN: 3451055805 für 8,90 Euro erhältlich.

CD Rom: „DIE NORDSEE - eine interaktive Reise um das Meer“

Die Nordsee, das Wattenmeer und die Küste kennen lernen und ihre Schönheit entdecken über eine Multimedia Darstellung der Tiere, Pflanzen, die Geschichte des Meeres, der Landschaft

und seiner Besiedlung. Mehr erfahren über Schifffahrt, Häfen und andere Nutzungen. Aber auch die Gefahren erkennen, die das Meer vor unserer Haustür bedrohen - das bietet dieses

CD-Rom der Aktionskonferenz Nordsee (AKN). Sie enthält auch aktuelle Informationen über die Probleme unseres Meeres und die Forderungen der AKN für einen besseren Meeres-

schutz. Die CD-ROM gibt es für € 14,90 + Porto bei der Aktionskonferenz Nordsee e.V.

Als Ergänzung für Lehrer gibt es die CD-Rom "Nordsee macht Schule". Sie ist ein-setzbar für die Unter-

richtsvorbereitung und enthält eine Sammlung von Arbeitsbögen, Folienvorlagen, Experimenten, Baseltelanleitungen, Rätsel und Spiele für drinnen und draußen. Für Eur. 28,00 + Porto kann auch sie bei der AKN

bezogen werden. Bestellung und weitere Informationen auf www.AKNeV.org, E-Mail: AKNeV@gmx.net, Tel: 0421-77675, Fax: 0421-78931.

5. Termine auf einen Blick

Wann?	Was?	Wo?	Info
25.- 27.02.05	30jähriges Jubiläum der Wyhler Platzbesetzung mit Feierlichkeiten	Wyhl und Weisweil	Infos unter www.badisch-elsaessische.net
25.-27.02.05	Internationale Kongressmesse „Erneuerbare Energien 2005“	CCB in Böblingen	Infos unter www.erneuerbareenergien.com oder bei "Erneuerbare Energien -Kommunikations- und Informationsservice GmbH" in Reutlingen Tel.: 07121- 30 16 – 0
19.03.2005	„Gegen Neoliberalismus, Krieg & Rassismus“: Europäischer Aktionstag der ATTAC mit Demonstration	Brüssel	Nähere Informationen im ATTAC Bundesbüro Münchener Str. 48 60329 Frankfurt am Main Tel.069/90028110
05.-07.05.05	15. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrs-Kongress	Bremen	Kontakt für Nachfragen, Programm&Anmeldungen: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Mail: info@umkehr.de , Tel.:030 492 74 73, Fax 492 79 72 & unter www.buvko.de
08.-09.04.05	Aktionswoche "Gerechtigkeit Jetzt!" Auftakttagung	Rheinisches Landesmuseum Bonn	Infos unter Tel.:0228/92399356 info@gerechtigkeit-jetzt.de www.gerechtigkeit-jetzt.de
14.-15.04.05	Tagung "Grundwasser -Lebensraum, Ressource, Schutzgut"	Campus Landau der Universität Koblenz-Landau	Infos zur Anmeldung, Tagungskosten u. Anfahrt unter www.future-camp.de/grundwasser
02.-04.11.05	Internationale Kommission zum Schutz des Rheins/ 5. Internationales Rheinsymposium mit Exkursion	Bonn	Tagesgebühr 70 Euro, Exkursion (Sieg oder Wupper) 20 Euro.

6. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 02/ 05

Herausgeber: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn

Redaktion: Saskia von der Burg, Udo Buchholz, Daniela Krüger

Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail, Fax oder Post) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter per E-Mail (Jahresabo: 12,- Euro) abonnieren. Bestellungen bitte schriftlich und gegen Vorkasse (Überweisung oder Scheck) an:

BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn. Tel.:0228/214032, Fax:-33. Bankverbindung: Sparkasse Bonn (BLZ) 38050000, (KTN) 19001965.

Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 20. März 2005. Beiträge von Mitgliedsinitiativen werden bevorzugt veröffentlicht.

E-Mail-Adresse der Redaktion: bpu-newsletter@bpu-bonn.de